

16. Sitzung des Gemeinderates - öffentlich -

Sitzungstag:

Donnerstag, 10.06.2021

Sitzungsort:

Feststadl

| Namen der Mitglieder des Gemeinderates | | |
|---|----------|-------------------|
| anwesend | abwesend | Abwesenheitsgrund |
| Vorsitzender: Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier | | |
| Niederschriftführer: Schriftführer Felix Kinzinger | | |
| Gremiumsmitglieder: Manfred Axenbeck Saran Diané Dr. Günther Ernstberger Gisela Fischer Sabine Fister Udo Guist Lorenz Ilmberger Albert Kirnberger Claudia Leitner Johannes Mecke Gertrud Mörike Klara Mörike Dr. Stephanie Moser Günter Peischl Manuel Prieler Marianne Rader Jutta Schödl Philipp Schwarz Simone Spratter Heide Veit Thomas Weingärtner | | |

16. Sitzung des Gemeinderates vom 10.06.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Veit Wiswesser
Johann Zehetmair
Stefan Zehetmair

16. Sitzung des Gemeinderates vom 10.06.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratulierte der Vorsitzende den Gemeinderatsmitgliedern Frau Spratter, Herrn Prieler, Herrn Zehetmair Johann und Frau Fischer nachträglich zum Geburtstag.

Des Weiteren wurde in der nichtöffentlichen Sitzung beschlossen den Tagesordnungspunkt der Musikschule: „Antrag der Musikschule Unterföhring e.V. auf finanzielle Unterstützung wegen Einnahmeausfällen aufgrund der Corona-Pandemie“ in der öffentlichen Sitzung zu behandeln.

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die heutige Gemeinderatssitzung als Hybridsitzung durchgeführt wird. Einige Gemeinderatsmitglieder sowie Vertreter der Verwaltung sind mittels Ton- und Bildübertragung der Sitzung zugeschaltet.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

170 25 **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift**

Beschluss: 25 : 0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 12.05.2021, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

AZ 024
Hauptamt

171 25 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderates gefassten Beschlüsse wurde kein Beschluss in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen, weil die Gründe der Geheimhaltung noch bestehen.

AZ 024
Hauptamt

16. Sitzung des Gemeinderates vom 10.06.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

172 25 **Bebauungsplan Nr. 92/21, Wohnen und nicht störendes Gewerbe im KIESA-Gelände; Aufstellungsbeschluss**

Der Zweite Bürgermeister, Herr Manuel Prieler, übernimmt zu diesem Tagesordnungspunkt den Vorsitz, da der Erste Bürgermeister Herr Andreas Kemmelmeyer gemäß Art. 49 Abs. 1 GO persönlich beteiligt ist.

Der Vorsitzende gibt das Schreiben der Firma KIESA Quetschwerk GmbH & Co. Betriebs-KG, Herr Uwe Schmidt, vom 25.05.2021, eingegangen bei der Gemeinde Unterföhring am 27.05.2021, bekannt, in dem die Firma KIESA Quetschwerk GmbH & Co. Betriebs-KG als Eigentümerversorger anregt, für das Kiesa-Areal (Gemeinde Unterföhring Flurstücke Nr. 179, 179/6, 179/7 und 179/8) einen Aufstellungsbeschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens zu fassen und in ein solches Verfahren einzutreten.

Die Grundstücke sind im rechtskräftigen Flächennutzungsplan als Mischgebiet ausgewiesen. Im westlichen Bereich (an der Münchner Straße) besteht der rechtskräftige Bebauungsplan Nr. 36/87, Teilfläche östlich der Münchner Straße, nördlich der Moosstraße, im Bereich der Siedlerstraße und des Gewerbegebiets Überland.

Ein Lageplan mit dem Umgriff der Grundstücke Fl.Nrn. 179, 179/6, 179/7 und 179/8 sowie das Schreiben des Antragstellers vom 25.05.2021 wurde dem Gremium zugestellt. Der Umgriff weist eine Größe von 104.663 m² auf.

Die Gemeinde Unterföhring wird das Bauleitverfahren in Abstimmung mit dem Eigentümerversorger durchführen, ein entsprechender städtebaulicher Vertrag ist auszuarbeiten. Die entstehenden Kosten (u.a. Rechtsbeistand, Fachplaner, Gutachter etc.) werden im städtebaulichen Vertrag entsprechend geregelt.

Beschluss: 24 : 0

Der Gemeinderat stimmt der Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Kiesa-Gelände zu. Der Bebauungsplanumgriff umfasst die Grundstücke mit den Fl.Nrn. 179, 179/6, 179/7 und 179/8. Der Bebauungsplanumgriff hat eine Größe von ca. 104.663 m².

Es ist ein Bebauungsplanverfahren gemäß § 2 BauGB i. V. m. § 30 BauGB im Verfahren nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 sowie § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB einzuleiten und durchzuführen. Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung Nr. 92/21, Wohnen und nicht störendes Gewerbe im KIESA-Gelände.

16. Sitzung des Gemeinderates vom 10.06.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Für die Umsetzung der Maßnahme ist ein städtebaulicher Vertrag zu schließen.

Es sind die erforderlichen Fachplaner für die Durchführung des Bauleitplanverfahrens sowie ein Rechtsbeistand zur Vorbereitung des „Städtebaulichen Vertrages“ zu beauftragen.

Gemäß Art. 49 Abs. 1 GO hat sich der Erste Bürgermeister an der Beratung und Beschlussfassung nicht beteiligt.

AZ 611
Bauamt

173

25

Bebauungsplan Nr. 73c/20, 3. Änderung zum Bebauungsplan 73/03 „Unterföhring Süd“ Straßäckerallee; Abwägungsbeschluss gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB und Satzungsbeschluss

Der Planentwurf zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 73c/20, 3. Änderung zum Bebauungsplan 73/03 „Unterföhring Süd“ Straßäckerallee, in der Fassung vom 27.04.2021 nach § 30 BauGB, lag in der Zeit vom 06.05.2021 bis einschließlich 20.05.2021 im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB aus. Die Träger öffentlicher Belange hatten vom 06.05.2021 bis einschließlich 20.05.2021 gemäß § 4 Abs. 2 BauGB die Möglichkeit eine Stellungnahme abzugeben.

Die Planzeichnung des Bebauungsplans wurde dem Gremium zur Verfügung gestellt. Die gesamten Bebauungsplanunterlagen sind auf der Homepage der Gemeinde Unterföhring eingestellt.

Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit wurden keine Stellungnahmen abgegeben.

Folgende Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange haben sich geäußert bzw. eine Stellungnahme abgegeben:

- Landratsamt München – Bauen
- Landratsamt München – Naturschutz, Erholungsgebiete, Landwirtschaft und Forsten

Landratsamt München – Bauen

Das Schreiben vom 17.05.2021 mit folgendem Inhalt wird bekannt gegeben:

16. Sitzung des Gemeinderates vom 10.06.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

1. Ziff. A 6: Bei der Erläuterung des Planzeichens ist in der Legende zu ergänzen, dass es sich um eine Beispielangabe handelt, da in der Planzeichnung auch Bereiche mit drei Vollgeschossen festgesetzt sind.
2. Ziff. A 21: Das Planzeichen in der Legende stimmt nicht mit dem in der Planzeichnung verwendeten überein.
3. Gegenüber der im letzten Verfahrensschritt vorgelegten Planfassung ist die Erläuterung des Planzeichens „Schutz und Erhalt des Gehölzbestandes“ (grün schraffierte Flächen im Bereich der öffentlichen Grünfläche) entfallen, das nach wie vor in der Planzeichnung verwendet wird.
4. Ziff. B 2.3: Hier ist noch zu ergänzen, dass es sich um eine Abweichung von Art. 6 Abs. 7 Nr. 1 BayBO handelt. Bei der Regelung der Gesamtlänge und der Höhe der Tiefgaragenrampen ist noch zu ergänzen, dass jeweils Maximalmaße festgesetzt werden („max. 60 m“ bzw. „max. 3 m“).
5. Ziff. B 2.4: Es wird eine Abweichung von Art. 6 Abs. 7 Nr. 3 BayBO geregelt. Außerdem ist zu ergänzen, dass es sich bei der festgesetzten Länge und Höhe jeweils um das Maximalmaß handelt.
6. Da die Satzung aus mehreren Teilen besteht, wird vorsorglich darauf hingewiesen, dass grundsätzlich alle Satzungsteile gesondert auszufertigen sind, wenn diese nicht urkundengerecht miteinander verbunden werden. Es wird um das Anbringen der Verfahrensvermerke auf der Planzeichnung gebeten.

Beschluss: 25 : 0

Zu 1

Dem Hinweis wird gefolgt. Bei der Erläuterung des Planzeichens wird in der Legende ergänzt, dass es sich um eine Beispielangabe handelt.

Zu 2

Das Planzeichen Ziffer A 21 wird mit der Planzeichnung abgeglichen und in Übereinstimmung gebracht.

Zu 3

Das Planzeichen „Schutz und Erhalt des Gehölzbestandes“ ist wohl bei der Anpassung der Festsetzungen durch Planzeichen versehentlich entfallen und wird wieder aufgenommen.

Zu 4.

Die Festsetzung durch Text Ziffer B 2.3 enthält bereits den Hinweis auf eine Abweichung: „abweichend von Art. 6 Abs. 7 Nr.1...“, es wird ergänzt, dass es sich bei den festgesetzten Maßen jeweils um Maximalmaße handelt.

16. Sitzung des Gemeinderates vom 10.06.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Zu 5.

Die Festsetzung durch Text Ziffer B 2.4 enthält bereits den Hinweis auf eine Abweichung: „abweichend von Art. 6 Abs. 7 Nr.1...“, es wird ergänzt, dass es sich bei den festgesetzten Maßen jeweils um Maximalmaße handelt.

Zu 6.

Selbstverständlich wird die Satzung mit den Verfahrensvermerken mit dem Planteilurkunden rechtlich verbunden. Die weiteren Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Landratsamt München – Naturschutz, Erholungsgebiete, Landwirtschaft und Forsten

Das Schreiben vom 11.05.2021 mit folgendem Inhalt wird bekannt gegeben:

Unter Punkt 2.5.2 Umweltbericht wird unter dem Absatz „Schutzgut Arten und Lebensräume“ (S. 7) aufgeführt, dass Ausgleichsflächen geschaffen werden. Da es sich um ein beschleunigtes Verfahren handelt, dürften keine Ausgleichsflächen nötig sein und dieser Passus kann gestrichen werden. Es wird gebeten, in die Vermeidungsmaßnahmen (S. 9, Umweltbericht) Folgendes mitaufzunehmen:

- Schutz vor Vogelschlag bei Glasflächen größer 3m²
- Verwendung von Insektenfreundlicher Beleuchtung

Beschluss: 25 : 0

Der Hinweis zu den Ausgleichsflächen in Ziffer 2.5.2 Umweltbericht wird gestrichen. Die vorgeschlagenen Ergänzungen zu den Vermeidungsmaßnahmen werden textlich in Ziffer 2.5.2 Umweltbericht mit aufgenommen.

Weiteres Vorgehen

Gemäß den vorstehenden Beschlüssen zum Verfahren nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB werden die Hinweise und Anregungen in die Bebauungsplanunterlagen eingearbeitet. Eine weitere Auslegung ist nicht erforderlich.

Der Bebauungsplan Nr. 73c/20, 3. Änderung zum Bebauungsplan 73/03 „Unterföhring Süd“ Straßäckerallee, kann somit als Satzung beschlossen werden.

Die Abwägungsbeschlüsse gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 und § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom

16. Sitzung des Gemeinderates vom 10.06.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

24.02.2021, Nr. 88, und vom 27.04.2021, Nr. 109, sind hier als Anlage beigelegt.

In diesen Beschlüssen sind die im Rahmen der Beteiligungsverfahren vorgebrachten Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie der Gemeindeverwaltung wiedergegeben sowie deren Behandlung durch den Ausschuss, d.h. die Ergebnisse der Prüfung des Ausschusses samt dessen Erwägungen, aus denen der Ausschuss den Stellungnahmen gefolgt bzw. nicht gefolgt ist, enthalten.

Beschluss: 25 : 0

Gemäß den vorstehenden Beschlüssen zum Verfahren nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB werden die Hinweise und Anregungen in die Bebauungsplanunterlagen eingearbeitet. Eine weitere Auslegung ist nicht erforderlich.

Die im Planaufstellungsverfahren vorgebrachten Stellungnahmen sowie deren Behandlung durch den Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss gemäß Beschlüssen vom 24.02.2021, Nr. 88, und vom 27.04.2021, Nr. 109, werden vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen. Die vom Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss getroffenen Einzel- und Gesamtbeschlüsse werden vom Gemeinderat nach Prüfung und Gesamtabwägung aller abwägungsrelevanten Umstände inhaltlich vollumfänglich bestätigt. Der Gemeinderat macht sich die Erwägungen des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses ausdrücklich zu Eigen.

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 73c/20, 3. Änderung zum Bebauungsplan 73/03 „Unterföhring Süd“ Straßäckerallee, in der Fassung 27.04.2021 wird als Satzung beschlossen. Der Bebauungsplan erhält das Fassungsdatum 10.06.2021.

Das Verfahren gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ist durchzuführen.

AZ 611
Bauamt

16. Sitzung des Gemeinderates vom 10.06.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

174 25 **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 78c/21, Studentenwohnheim Apianstraße; Abwägungsbeschluss gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB und Satzungsbeschluss**

Der Planentwurf zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 78c/21, Studentenwohnheim Apianstraße, Fl.Nr. 1190, in der Fassung vom 27.04.2021 nach § 30 BauGB, lag in der Zeit vom 07.05.2021 bis einschließlich 25.05.2021 im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB aus. Die Träger öffentlicher Belange hatten vom 07.05.2021 bis einschließlich 25.05.2021 gemäß § 4 Abs. 2 BauGB die Möglichkeit eine Stellungnahme abzugeben.

Die Planzeichnung des Bebauungsplans wurde dem Gremium zur Verfügung gestellt. Die Bebauungsplanunterlagen sind auf der Homepage der Gemeinde Unterföhring eingestellt.

Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit wurden keine Stellungnahmen abgegeben.

Folgende Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange haben sich geäußert bzw. eine Stellungnahme abgegeben:

- Landratsamt München – Bauen
- Landratsamt München – Immissionsschutz, staatliches Abfallrecht und Altlasten
- Landratsamt München – Grünordnung
- Eisenbahn-Bundesamt
- Wasserwirtschaftsamt München
- SWM Infrastruktur GmbH & Co. KG
- Vodafone GmbH

Landratsamt München – Bauen

Das Schreiben vom 19.05.2021 mit folgenden Hinweisen wird bekannt gegeben:

1. Aus den vorliegenden Unterlagen geht nach wie vor nicht zweifelsfrei hervor, welches Verfahren die Gemeinde für die Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes durchführen will. Nach dem Anschreiben vom 29.04.2021 und der Bekanntmachung vom 29.04.2021 soll das vereinfachte Verfahren nach § 13 BauGB, nach der Begründung (Nr. 3.4 auf Seite 4), dem ersten Verfahrensvermerk und dem Abwägungsbeschluss vom 27.04.2021 das beschleunigte Verfahren nach § 13 a BauGB durchgeführt werden.

16. Sitzung des Gemeinderates vom 10.06.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

2. Der angrenzende vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 78b/19 (Apian II) ist ebenfalls im Verfahren. Innerhalb dieses Bebauungsplanes sollen auch die Stellplätze für den vorliegenden- Bebauungsplan Nr. 78c/21 nachgewiesen werden. Zwischen den beiden Planungen gibt es Unstimmigkeiten hinsichtlich der im Bereich von Apian I noch zu errichtenden Apartments. Nach der vorliegenden Begründung und dem Vorhaben- und Erschließungsplan werden 16 neue Apartments im Erdgeschoss errichtet (vgl. Nr. 1 und 5.1); nach der Begründung des angrenzenden Bebauungsplanes für Apian II sind nur 15 neue Apartments geplant. Die beiden Planungen sind daher in Übereinstimmung zu bringen und gegebenenfalls die Stellplatzberechnung anzupassen.
3. Mit Inkrafttreten der neuen BayBO zum 01.02.2021 ist die bis dahin geltende Regelung in Art. 6 Abs. 5 Satz 3 BayBO entfallen. Nach der neuen BayBO kommen grundsätzlich die Regelungen der BayBO zur Anwendung, ohne dass hierfür eine ausdrückliche Festsetzung im Bebauungsplan notwendig ist. Sofern für die Bebauung vom Bauordnungsrecht abweichende Tiefen der Abstandsflächen zugelassen werden sollen, bedarf es deshalb einer ausdrücklichen Festsetzung nach § 9 Abs. 1 Nr. 2 a BauGB. Die Anmerkungen in Ziffer 2.4.6 unserer Stellungnahme vom 01.04.2021 sind in Abstimmung mit dem Bayer. Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr insofern als überholt zu betrachten.
4. Der den Verfahrensunterlagen beigegebene Vorhaben- und Erschließungsplan trägt das Fassungsdatum 27.04.2021. Das in der Satzung unter den Festsetzungen angegebene Datum für den Vorhaben- und Erschließungsplan von 11.02.2021 ist daher zu berichtigen.
5. Vor dem Satzungsbeschluss sind noch Vermerke über die Trägerbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB und die Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB sowie über die erneute Trägerbeteiligung und Öffentlichkeitsbeteiligung einzufügen.

Beschluss: 25 : 0

Zu 1

Es wird ein vereinfachtes Verfahren gemäß § 13 BauGB durchgeführt. Dem Hinweis wird gefolgt und die Bezeichnung entsprechend angepasst.

Zu 2

Dem Hinweis wird gefolgt und die Planungen werden bezüglich der Stellplätze in Übereinstimmung gebracht.

16. Sitzung des Gemeinderates vom 10.06.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Zu 3

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Zu 4

Dem Hinweis wird gefolgt und die Daten werden in Übereinstimmung gebracht.

Zu 5

Dem Hinweis wird gefolgt und die Verfahrensvermerke werden aktualisiert.

Landratsamt München – Immissionsschutz, staatliches Abfallrecht und Altlasten

Das Schreiben vom 12.05.2021 mit dem Hinweis, dass ein schalltechnisches Gutachten nachzureichen ist, wird bekannt gegeben. Bei der Festsetzung zum Immissionsschutz ist das Zeitfenster nachts auf (22.00 - 6.00 Uhr) zu ändern. Ebenso ist der letzte Satz... § 26 Bundesimmissionsschutzgesetz auf § 29b Bundesimmissionsschutzgesetz zu ändern. Ohne Gutachten kann der Bebauungsplan immissionsschutzfachlich nicht abschließend geprüft werden.

Beschluss: 25 : 0

Die generelle Zulässigkeit der Nutzung von Studentenapartments wurde im ursprünglichen Bebauungsplanverfahren bereits geprüft. Ein schalltechnisches Gutachten wurde bereits beauftragt und wird gemäß der Festsetzung im Genehmigungsverfahren vorgelegt. Die Angabe zur nächtlichen Ruhezeit und die Benennung des Paragraphen werden aktualisiert.

Landratsamt München - Grünordnung

Das Schreiben vom 18.05.2021 mit folgenden Hinweisen wird bekannt gegeben:

Eine Überprüfung des Luftbilds hat ergeben, dass bereits einige Bäume (die als zu pflanzen dargestellt sind) als Bestand vorhanden sind. Das sollte bitte aktualisiert werden. Sie sollten aufgemessen werden, eingetragen und als zu erhalten und bei Ausfall innerhalb der nächsten geeigneten Pflanzperiode gleichwertig hinsichtlich Wuchsordnung zu ersetzen festgesetzt werden. Falls das zu viel Aufwand darstellt, so sollten bestehende und noch zu pflanzende Bäume zumindest auch als bei Ausfall innerhalb der nächsten geeigneten Pflanzperiode gleichwertig hinsichtlich Wuchsordnung in der Pflanzgröße 4 x.v. m.B. 18-20 cm StU zu ersetzen festgesetzt werden.

16. Sitzung des Gemeinderates vom 10.06.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Festsetzungen durch Text:

Artenauswahl und Mindestgrößen:

Hier bitte das Wort „sollten“ weglassen und durch ein „sind“ oder „müssen“ ersetzen, da es sich ja um eine Festsetzung handelt und nicht um einen Hinweis. Sollte an der Formulierung mit „sollen“ unbedingt festgehalten werden, so wäre diese in den Hinweisen besser aufgehoben. Die Neupflanzungen sollen als zu pflanzen, zu pflegen, dauerhaft zu erhalten und bei Ausfall Die erwähnte durchwurzelbare Fläche von 9 m² sollte durch Mindest-Wurzelraumvolumina ersetzt werden. Um für die Neupflanzungen eine langfristige gute Entwicklung in Zeiten des Klimawandels und immer häufigeren längeren Trockenperioden zu gewährleisten, wird um eine Ergänzung hinsichtlich des spartenfreien Wurzelraumes für alle Baumpflanzungen (vor allem wegen der festgesetzten Baumpflanzungen zwischen Stellplätzen und angrenzend an Verkehrsflächen) gebeten. Für eine gesunde Entwicklung, Langlebigkeit und wenig Pflegeaufwand wird folgende Gesamtvolumina für den durchwurzelbaren Raum bei Baumneupflanzungen empfohlen:

Bäume I. Ordnung (Großbäume über 20 m Höhe): 29 - 36 m³

Bäume II. Ordnung (mittelgroße Bäume 10-20 m Höhe): 21 - 28 m³

Bäume III. Ordnung (Kleinbäume bis 10 m Höhe): 13 - 20 m³

Obstbäume: 13-18 m³

Hintergrundinformationen:

Gemäß DIN 18916 ist ein durchwurzelbarer Raum von mind. 16 m²

Grundfläche und mind. 80 cm Tiefe, also von knapp 13 m³ sicherzustellen.

Nach Angaben der FLL sollte eine Baumgrube jedoch eine Mindestdiefe von 1,5 m haben. Eine offene Baumscheibe kann eine deutlich geringere Fläche als 16 m² aufweisen, wenn eine Erweiterung des Wurzelraumes unter Verkehrsflächen nach den Zusätzlichen Technischen Vorschriften für die Herstellung und Anwendung verbesserter Vegetationstragschichten (ZTV-Vegtra-Mü) erfolgt. Die Größe der offenen Bodenfläche mit Substrat A muss mindestens 2 m² bei einer Tiefe von 1,5 m betragen, die Erweiterung mit verdichtbarem Spezialsubstrat nach ZTV-Vegtra-Mü (Substrat B) muss je nach Wuchsordnung des Baumes ein Gesamtvolumen von bis zu 36 m³ durchwurzelbaren Raum bieten. Zusätzlich könnte wie folgt ergänzt werden:

Die Bäume und Baumscheiben sind mit geeigneten Baumschutzvorrichtungen (z. B. Bügel, Poller) gegen Anfahrschäden und Verdichtung zu schützen. Auch wenn bereits fast alles gepflanzt ist, sind die Ergänzungen wichtig, dass ausfallende Bäume nach der Neupflanzung gute Überlebensbedingungen bekommen können.

16. Sitzung des Gemeinderates vom 10.06.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Hinweise:

Die Freiflächenpläne nicht mit dem Gartenbauamt (dieses Amt gibt es im Landkreis München gar nicht), sondern mit dem Sachgebiet Grünordnung des Landratsamt Münchens und/oder dem Umweltamt der Gemeinde abzustimmen. Unter Hinweise könnte unter Grünordnung aufgenommen werden, dass die DIN 18920 Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen sowie die RAS-LP4 Richtlinie für die Anlage von Straßen, Teil: Landschaftspflege, Abschnitt 4: Schutz von Bäumen, Vegetationsbeständen und Tieren in der jeweils gültigen Fassung zu beachten sind.

Beschluss: 25 : 0

Es ist nicht beabsichtigt, an den Festsetzungen des rechtsverbindlichen Bebauungsplans Änderungen vorzunehmen, soweit sie nicht von den Änderungen des Vorhaben- und Erschließungsplans betroffen sind. Dem Hinweis vom Grünordnungsamt wird gefolgt und bei den Festsetzungen zu Artenauswahl und Mindestgrößen das Wort „sollen“ mit dem Wort „müssen“ ersetzt.

Eisenbahn-Bundesamt

Das Schreiben vom 17.05.2021 wird bekannt gegeben, in dem mitgeteilt wird, dass die Lärmimmissionen aus der bestehenden Bahnstrecke in der Bauleitplanung zu berücksichtigen sind. Entsprechende Schutzvorkehrungen sind ggf. zu treffen.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Eine Beschlussfassung war nicht veranlasst.

Wasserwirtschaftsamt München

Das Schreiben vom 11.05.2021 wird bekannt gegeben, in dem mitgeteilt wird, dass die Hinweise aus der Stellungnahme vom 16.03.2021 nicht berücksichtigt wurden. Deshalb wird weiterhin darauf hingewiesen, dass diese Punkte aus wasserwirtschaftlicher Sicht noch im Bebauungsplan zu berücksichtigen sind.

1. Regenwasserversickerung

In der Satzung sind die zu beachtenden Regeln zur Beseitigung des anfallenden Niederschlagswassers korrekt dargestellt.

Sollte eine Beseitigung des Niederschlagswassers über Sickerschächte geplant werden, so ist dies nur dort zulässig, wo zwischen dem mittleren höchsten (MHGW) Grundwasserstand und dem Sickerhorizont ein Abstand von 1,5 m eingehalten werden kann.

16. Sitzung des Gemeinderates vom 10.06.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

2. Grundwasser

Sollten über die Umnutzung der bestehenden Gebäude hinaus Baumaßnahmen geplant werden, so obliegt die Erkundung des Baugrundes grundsätzlich dem jeweiligen Bauherren, der sein Bauwerk bei Bedarf gegen auftretendes Grund- oder Schichtenwasser sichern muss. Insbesondere hat der Bauherr zu überprüfen, ob Vorkehrungen gegen Grundwassereintritt in Kellerräume, Tiefgaragen etc. zu treffen sind. Darüber hinaus sind bauliche Anlagen, soweit erforderlich, druckwasserdicht und auftriebssicher auszubilden. Für das Bauen im Grundwasserschwankungsbereich sowie für eine evtl. notwendige Bauwasserhaltung ist beim Landratsamt München eine wasserrechtliche Genehmigung einzuholen.

3. Starkregenereignisse

Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass Gebäude auch abseits von oberirdischen Gewässern Gefahren durch Wasser (z.B. Starkregenereignisse etc.) ausgesetzt sein können. Bei Starkregenereignissen und lokalen Unwetterereignissen können Straßen und Grundstücke überflutet werden. Dies sollte bei der Festlegung von Erdgeschosshöhen bzw. der Ausbildung von Kellern etc. Beachtung finden.

4. Altlasten

Sollten bei eventuell vorzunehmenden Aushubarbeiten organoleptische Auffälligkeiten des Bodens festgestellt werden, die auf eine schädliche Bodenveränderung oder Altlast hindeuten, ist unverzüglich die zuständige Bodenschutzbehörde (Kreisverwaltungsbehörde) zu benachrichtigen (Mitteilungspflichten gem. Art. 1, 12 Abs. 2 BayBodSchG).

Beschluss: 25 : 0

Es werden keine neue Fläche versiegelt, sondern lediglich die zulässige Nutzung einiger Erdgeschossräume geändert. Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

SWM Infrastruktur GmbH & Co. KG

Das Schreiben vom 18.05.2021 wird bekannt gegeben, in dem mitgeteilt wird, dass die vorhandenen und bestehenbleibenden Versorgungsanlagen (Wasserversorgungsanlagen und Fernwärmeversorgungsanlagen) in den beigefügten Bestandsplanauszügen dargestellt sind. Es besteht je ein Hausanschluss für Wasser und Fernwärme. Bei Anpflanzung von Bäumen und tiefwurzelnenden Sträuchern muss zu den Versorgungsanlagen ein seitlicher Mindestabstand von 1,5 m eingehalten werden, die geplanten Baumstandorte sind entsprechend anzupassen. Die vorhandene Überdeckung der Versorgungsanlagen darf sich durch bauliche Maßnahmen sowie Geländemodellierungen nicht verändern. Hausanschlussleitungen dürfen nicht überbaut oder mit tiefwurzelnenden Gehölzen überpflanzt werden. Geplante

16. Sitzung des Gemeinderates vom 10.06.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Baumaßnahmen dürfen nur nach vorheriger örtlicher Einweisung in den Leitungsbestand durch die Aufgrabungskontrolle der Stadtwerke München begonnen werden.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Eine Beschlussfassung war nicht veranlasst.

Vodafone GmbH

Das Schreiben vom 20.05.2021 wird bekannt gegeben, in dem mitgeteilt wird, dass sich im Planbereich Telekommunikationsanlagen, deren Lage auf den beiliegenden Bestandsplänen dargestellt ist, befinden. Es wird darauf hingewiesen, dass die Anlagen bei der Bauausführung zu schützen bzw. zu sichern sind, nicht überbaut und vorhandene Überdeckungen nicht verringert werden dürfen. Sollte eine Umverlegung oder Baufeldfreimachung der Telekommunikationsanlagen erforderlich werden, wird mindestens drei Monate vor Baubeginn ein Auftrag benötigt, um eine Planung und Bauvorbereitung zu veranlassen sowie die notwendigen Arbeiten durchführen zu können. Es wird ebenfalls darauf hingewiesen, dass ggf. (z.B. bei städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen) die durch den Ersatz oder die Verlegung der Telekommunikationsanlagen entstehenden Kosten nach § 150 (1) BauGB zu erstatten sind.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Eine Beschlussfassung war nicht veranlasst.

Weiteres Vorgehen

Gemäß den vorstehenden Beschlüssen zum Verfahren nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB werden die Hinweise und Anregungen in die Bebauungsplanunterlagen eingearbeitet. Eine weitere Auslegung ist nicht erforderlich. Der vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 78c/21, Studentenwohnheim Apianstraße, Fl.Nr. 1190, kann somit als Satzung beschlossen werden.

Der Abwägungsbeschluss gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 27.04.2021, Nr. 110, ist hier als Anlage beigelegt.

In diesen Beschlüssen sind die im Rahmen der Beteiligungsverfahren vorgebrachten Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie der Gemeindeverwaltung wiedergegeben sowie deren Behandlung durch den Ausschuss, d.h. die Ergebnisse der Prüfung des Ausschusses samt dessen Erwägungen, aus denen der Ausschuss den Stellungnahmen gefolgt bzw. nicht gefolgt ist, enthalten.

16. Sitzung des Gemeinderates vom 10.06.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Beschluss: 25 : 0

Gemäß den vorstehenden Beschlüssen zum Verfahren nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB werden die Hinweise und Anregungen in die Bebauungsplanunterlagen eingearbeitet. Eine weitere Auslegung ist nicht erforderlich.

Die im Planaufstellungsverfahren vorgebrachten Stellungnahmen sowie deren Behandlung durch den Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss gemäß Beschluss vom 27.04.2021, Nr. 110, werden vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen. Die vom Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss getroffenen Einzel- und Gesamtbeschlüsse werden vom Gemeinderat nach Prüfung und Gesamtabwägung aller abwägungsrelevanten Umstände inhaltlich vollumfänglich bestätigt. Der Gemeinderat macht sich die Erwägungen des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses ausdrücklich zu Eigen.

Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 78c/21, Studentenwohnheim Apianstraße, Fl.Nr. 1190, in der Fassung 27.04.2021 wird als Satzung beschlossen. Der Bebauungsplan erhält das Fassungsdatum 10.06.2021.

Das Verfahren gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ist durchzuführen.

AZ 611
Bauamt

- 175 25 **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 78b/19 „Studentisches Wohnen Apian II“ an der Apianstraße, Fl.Nr. 1190: Abwägungsbeschluss gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB und Satzungsbeschluss**

Der Planentwurf zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 78b/19 „Studentisches Wohnen Apian II“ an der Apianstraße, Fl.Nr. 1190, in der Fassung vom 15.04.2021 nach § 30 BauGB, lag in der Zeit vom 28.04.2021 bis einschließlich 12.05.2021 im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB aus. Die Träger öffentlicher Belange hatten vom 28.04.2021 bis einschließlich 12.05.2021 gemäß § 4 Abs. 2 BauGB die Möglichkeit eine Stellungnahme abzugeben.

16. Sitzung des Gemeinderates vom 10.06.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Planzeichnung des Bebauungsplans wurde dem Gremium zur Verfügung gestellt. Die Bebauungsplanunterlagen sind auf der Homepage der Gemeinde Unterföhring eingestellt.

Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit wurden keine Stellungnahmen abgegeben.

Folgende Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange haben sich geäußert bzw. eine Stellungnahme abgegeben:

- Landratsamt München – Bauen
- Bund Naturschutz in Bayern e.V.
- Deutsche Bahn AG DB Immobilien
- Handwerkskammer für München und Oberbayern
- Deutsche Telekom Technik GmbH
- Vodafone GmbH

Landratsamt München – Bauen

Das Schreiben vom 07.05.2021 mit folgenden Hinweisen wird bekannt gegeben:

1. Die Höhenangabe bei Ziffer 2.1 der Begründung (Seite 5 oben) sollte nochmals überprüft werden. Nach dem Eintrag in der Planzeichnung liegt das bestehende Gelände bei 511,25 ü. NN.
2. Nach § 1 Abs. 2 PlanzV sollen sich aus den Planunterlagen für Bebauungspläne die Flurstücke mit ihren Grenzen und Bezeichnungen in Übereinstimmung mit dem Liegenschaftskataster ergeben. Nachdem die Flurnummern 1190/8 und 1190/9 bereits aus der Flurnummer 1190/7 herausgeteilt worden sind, sind die Aussagen bei Ziffer 2.2, 5.3, 7.1.2, 7.2.1, 9.4 und 7.3.1 der Begründung an die aktuelle Grundstückssituation anzupassen. Das gilt auch für die Festsetzungen 1.6 (Text bei rot gestrichelter Linie) und 3.4.2 und die Hinweise 5.4 und 5.5.
3. Im Vorhaben- und Erschließungsplan Grundriss Erdgeschoss mit Freiflächen (Anlage 6.2) wurden 115 Stellplätze für Kfz dargestellt. Die Angaben bei Ziffer 5.3, 6 und 7 1.2 der Begründung (Seite 9, 11, 13) sind diesbezüglich zu berichtigen. Hier wurden 114 Stellplätze zu Grunde gelegt.
4. Nach der Aussage in Ziffer 5.3 der Begründung soll die ursprünglich geplante Ladenfläche im Apian I als Bürofläche und die vorgesehene Gastronomiefläche verkleinert werden. In der Stellplatzberechnung werden für diese Nutzungen jedoch keine Stellplätze berücksichtigt, sondern Stellplätze für 15 neu geplante Apartments aufgeführt Nach

16. Sitzung des Gemeinderates vom 10.06.2021

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

- dem Bebauungsplanentwurf für Apian I ist nur noch die Nutzung als Studentenwohnheim zulässig. Die Aussagen in der Begründung bzgl. der Büro- und Gastronomiefläche sind daher zu ändern. In dem Zusammenhang wird auch darauf hingewiesen, dass nach Ziffer 5.1 der Begründung zum Bebauungsplanentwurf Apian I und dem dazugehörigen Vorhaben- und Erschließungsplan nicht 15 sondern 16 neue Apartments entstehen sollen. Die beiden Pläne sind in Übereinstimmung zu bringen und die Stellplatzberechnung gegebenenfalls anzupassen.
5. Nach der Aussage in Ziffer 7.1.3 der Begründung (Seite 13) soll im angrenzenden Apian I der Nutzerkreis um Personen, die sich in einem Ausbildungsverhältnis i. S. des Berufsbildungsgesetzes befinden und zusätzlich um Personen, die in einem Arbeitsverhältnis in einem Sozialberuf stehen, erweitert werden. Diese Aussage steht im Widerspruch zu dem im Verfahren befindlichen Bebauungsplanentwurf für das Apian I. Nach den Festsetzungen ist ausschließlich die Nutzung als Studentenwohnheim zulässig.
 6. Zu der Aussage in Ziffer 7.2.1 der Begründung bezüglich der Obergrenzen des § 17 BauNVO wird darauf hingewiesen, dass die Obergrenzen nur für die Hauptgebäude ohne die Anlagen nach § 19 Abs. 4 Satz 1 BauNVO gelten. Für ein Sondergebiet wäre daher die Aussage in der Begründung so nicht zutreffend, da der Wert einschl. der Anlagen nach § 19 Abs. 4 Satz 1 BauNVO zu Grunde gelegt worden ist. Nachdem im Plangebiet bereits eine Grundstücksteilung vollzogen worden ist, ist die Tabelle bei Ziffer 7.2.1 (Seite 14 unten) entsprechend anzupassen. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass in der Planzeichnung die einzelnen Bauräume mit A-B und C-D bezeichnet worden sind.
 7. Nachdem für das Plangebiet eine Grundflächenzahl festgesetzt wird, muss es in Festsetzung 3.2.1 Satz 2 statt „zulässige Grundfläche“ richtig „zulässige Grundflächenzahl“ lauten. Das gilt auch für Ziffer 7.2.1 Satz 2 der Begründung (Seite 14). Durch die Grundstücksteilung errechnet sich für ein Baugrundstück (vgl. Begründung Seite 15) offensichtlich ein Wert von 0,91 GRZ (Hauptanlagen einschl. der Anlagen nach § 19 Abs. 4 Satz 1 BauNVO). Nach der Festsetzung 3.2.1 ist jedoch nur eine max. Grundflächenzahl von 0,88 zulässig. Aus Gründen der Rechtseindeutigkeit und um Probleme im Baugenehmigungsverfahren zu vermeiden, ist die Festsetzung für die einzelnen Baugrundstücke nochmals zu überprüfen und sind gegebenenfalls differenzierte Regelungen hinsichtlich der jeweils zulässigen max. GRZ für die einzelnen Bau- bzw. Buchgrundstücke zu treffen.
 8. Mit Inkrafttreten der neuen BayBO zum 01.02.2021 ist die bis dahin geltende Regelung in Art. 6 Abs. 5 Satz 3 BayBO entfallen. Sofern für

16. Sitzung des Gemeinderates vom 10.06.2021

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

die Bebauung vom Bauordnungsrecht (0,4 H) abweichende Tiefen der Abstandsflächen zugelassen werden sollen, bedarf es deshalb einer ausdrücklichen Festsetzung nach § 9 Abs. 1 Nr. 2 a BauGB. Nach überschlägiger Überprüfung können im vorliegenden Fall die Abstandsflächentiefen nach der neuen BayBO im Bereich der Grundstücksgrenze zwischen den Flurnummern 1190/8 und 1190/9 und geringfügig zu Flurnummer 1190 (Eckbereiche) nicht eingehalten werden. Sofern die Planung wie dargestellt verwirklicht werden soll, müsste für die Bereiche, in denen die Abstandsflächentiefen nach der BayBO unterschritten werden sollen, eine Festsetzung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 2 a BauGB aufgenommen werden. Hierbei sollte auch die Überschreitungsmöglichkeit von 1,50 m für Aufzugsüberfahrten entsprechend gewürdigt werden. Die Begründung (Ziffer 81 Seite 17) wäre in dem Zusammenhang ebenfalls zu überarbeiten.

9. Das Planzeichen 1.6 (rot gestrichelte Umgrenzungslinie) ist südlich von Bauraum C-D durchgängig darzustellen.
10. Die Maßketten für den Bauraum auf Flurnummer 1190/8 sind nochmals zu überprüfen. Die Maßangaben innerhalb des Bauraumes ergeben eine Summe von 25,30 m (15,5 m und 9,8 m). Die Maßangaben außerhalb des Bauraumes ergeben eine Summe von 35,2 m (19,4 m und 15,8 m), wobei das Maß von 19,4 m keinen Bezug zur Bauraumecke hat.
11. Bei den Verfahrensvermerken sind vor dem Vermerk über den Satzungsbeschluss noch Vermerke über die frühzeitige Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung und über die nunmehr erfolgte erneute Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung einzufügen.
12. Um die Begründung eindeutig einem bestimmten Verfahren zuzuordnen zu können, ist immer nur das aktuelle Fassungsdatum anzugeben. Die vorliegende Begründung trägt die Fassungsdaten 15.04.2021 und auf der letzten Seite das Datum 20.10.2020.

Beschluss: 25 : 0

Zu 1

Dem Hinweis wird gefolgt. Die Höhe des bestehenden Gebäudes wird mit der Angabe „511“ m üNNH präzisiert.

Zu 2

Dem Hinweis wird gefolgt. Nach der vollzogenen Teilung werden die entsprechenden Angaben in der Begründung redaktionell angepasst.

16. Sitzung des Gemeinderates vom 10.06.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Zu 3

Es werden auf dem Grundstück 114 Stellplätze nachgewiesen, 115 Stellplätze sollen baulich errichtet werden. 1 Stellplatz verbleibt als Reserve für den Fall, dass z.B. durch eine statische Änderung der Stützen ein Stellplatz entfallen würde.

Zu 4

Es werden 16 neue Apartments geschaffen. Die Zahl wird redaktionell geändert. Dies hat keinen Einfluss auf die Stellplatzberechnung.

Zu 5

Die Aussagen in Punkt 7.1.3 beziehen sich nur auf Apian II.

Zu 6

Dem Hinweis wird gefolgt. In der Festsetzung 3.2.1 wird das Wort „Grundfläche“ redaktionell in „Grundflächenzahl“ geändert.

Zu 7

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die max. Grundflächenzahl von 0,88 ist noch ausreichend.

Zu 8

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Für die Abstandsflächen sind keine Änderungen erforderlich.

Zu 9

Dem Hinweis wird gefolgt. Die Umgrenzungslinie wird durchgehend dargestellt.

Zu 10

Die Maßketten sind richtig dargestellt, werden aber zur Verdeutlichung anders platziert.

Zu 11

Dem Hinweis wird gefolgt. Die Verfahrensvermerke werden entsprechend angepasst.

Zu 12

Dem Hinweis wird gefolgt. Das Datum für alle Unterlagen wird zum 10.06.2021 angepasst.

16. Sitzung des Gemeinderates vom 10.06.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Bund Naturschutz in Bayern e.V.

Das Schreiben vom 10.05.2021 wird bekannt gegeben, in dem auf das Schreiben vom 14.09.2020 und die darin enthaltenen Vorschläge und Anregungen verwiesen wird.

Das Schreiben vom 14.09.2020 mit folgenden Hinweisen wird bekannt gegeben:

1. Gehölze und Vegetationsflächen

Der BN begrüßt die Nutzung einer bereits versiegelten Fläche für die Erweiterung des Studentenwohnheimes und den Erhalt der südlichen Grünfläche. Hierbei sollte im Zuge der weiteren Planungen die Möglichkeit wahrgenommen werden, das Planungsgebiet für Mensch und Stadtnatur aufzuwerten. Der BN empfiehlt deshalb, die vorgeschlagenen Vegetationsflächen zu vergrößern und als extensiv gepflegte, artenreich blühende Wiesen anzulegen, die wiederum Insekten als Nahrungs- und Lebensraum dienen können. Derartige Flächen werden von den Bürgerinnen und Bürgern durchaus positiv wahrgenommen und mittlerweile immer stärker gefordert. Bei den neu geplanten Bäumen empfiehlt der BN eine hohe Diversität an standortgerechten und heimischen Arten. Dabei sollten durchaus auch geeignete Nadelbäume in die Grünplanung mit aufgenommen werden. Eine artenreiche Baumbepflanzung unterstützt eine höhere Artenvielfalt an Insekten und die Kombination mit Nadelbäumen erhöht zusätzlich die Artenvielfalt bei Vögeln. Die Anzahl der zu pflanzenden Bäume sollte zudem erhöht werden. Neben einem umfangreichen Baumbestand empfiehlt der BN einheimische Sträucher im Bebauungsplan festzusetzen, wobei auch hier eine hohe Artenvielfalt ökologisch sinnvoll ist. Von kurzgeschnittenen und monotonen Hecken ist generell abzusehen. Insgesamt wird durch eine hohe Anzahl an unversiegelter Fläche und einer strukturreichen Strauchschicht, auch eine wesentlich bessere Kühlung des Plangebiets erreicht. Dies ist in Anbetracht immer heißerer und trockener Sommer zunehmend von Bedeutung.

2. Dachbegrünung

Der BN regt an die Flachdächer der Gebäude als Lebensraum für Tiere und Pflanzen zu gestalten und deshalb eine artenreiche Dachbegrünung aus heimischen Gräsern und Kräutern als verpflichtend im Bebauungsplan festzusetzen. Zudem könnten diese Dächer begehbar gemacht werden und somit gleichzeitig den Studierenden als Freiraum zur Erholung dienen. Bei Fragen zu Details hinsichtlich biodiverserer grüner Dächer können Sie sich gerne an uns wenden.

16. Sitzung des Gemeinderates vom 10.06.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

3. Fassadenbegrünung

Der BN empfiehlt eine Begrünung der Fassaden im Bebauungsplan festzusetzen. Hier sollte auf die Verwendung verschiedener heimischer Pflanzenarten geachtet werden. Von einer Begrünung profitieren vor allem Insekten und Vögel, wobei sie gleichzeitig zu einer Kühlung der Wohnungen beiträgt.

4. Beleuchtungskonzept

Tiere und auch Menschen sind auf die Unterschiede von Hell und Dunkel angewiesen und können sich der allgegenwärtigen Beleuchtung in der Stadt kaum entziehen. Der BN empfiehlt deshalb, dass durch eine fachlich fundierte, kompetente Lichtplanung eine gute, ökologisch verantwortbare Lichtqualität sichergestellt wird. Kommunen haben nach § 9 Abs. 1 BauGB die Möglichkeit im Bebauungsplan Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) sowie bauliche und sonstige Maßnahmen zur Vermeidung oder Minderung solcher Einwirkungen festzulegen. Somit können bereits im Bebauungsplan Leuchthöhe, Leuchtmittel, Insektenschutz, Brenndauer usw. vorgeschrieben werden.

Unter anderem lässt sich empfehlen, die Lichtquellen möglichst niedrig anzubringen und voll abgeschirmte Leuchten zu verwenden. Das Schutzglas sollte flach sein, um Streulicht zu vermeiden, und das Leuchtmittel sollte nicht aus der Lampe herausragen. Es sind nur warmweiße Lampen bis max. 3.000 Kelvin zu verwenden (LEDs ohne Blauanteile), da vor allem der Blau- und UV-Anteil des Spektrums negative Auswirkungen auf verschiedene Tiergruppen hat (Held et al. 2013). Die Leuchtintensität sollte dabei so gering wie möglich sein. Durch Bewegungsmelder, (Teil- bzw.) Nachtabstimmung oder dimmbare Systeme lässt sich die Lichtverschmutzung weiter reduzieren. Des Weiteren sind Himmels- und Fassadenstrahler gesetzlich verboten (Art. 11a BayNatSchG und Art. 15 BayImSchG).

5. Glasfassaden

Gläserne Fassaden stellen für Vögel eine erhebliche Gefahr dar, durch Kollision tödlich zu verunglücken. Diese Tatsache muss bei der weiteren Planung berücksichtigt werden und es ist darauf zu achten, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um das Risiko des Vogelschlags auf ein Minimum zu reduzieren.

Der Gemeinderat hat am 15.04.2021, Nr. 156, hierzu folgenden Beschluss gefasst:

Zu 1: Der Bebauungsplan setzt in Punkt 3.5 „Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen“ unter anderem die Mindestgröße der zu pflanzenden Bäume und Sträucher fest und dass

16. Sitzung des Gemeinderates vom 10.06.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Vegetationsflächen gärtnerisch zu gestalten sind. Der Vorschlag, die Vegetationsflächen zu vergrößern kann nicht umgesetzt werden, da die erforderlichen Stellplätze auf dem Grundstück untergebracht werden müssen. Sämtliche Restflächen dieser Nachverdichtung werden als Vegetationsflächen genutzt. Der Vorschlag, die Vegetationsfläche als artenreich blühende Wiese anzulegen wird an den Vorhabenträger weitergegeben. Eine diesbezügliche Festsetzung soll nicht erfolgen, um Spielräume bei der Umsetzung des Vorhabens zu belassen.

Zu 2: Der Vorschlag, die Dachflächen begehbar zu machen, wird nicht weiterverfolgt, da aus städtebaulichen Gründen sich die Gebäudehöhe an dem bestehenden Studentenwohnheim orientieren soll und keine zusätzlichen Treppenträume und Geländer das Gebäude erhöhen sollen. Eine Festsetzung einer Dachbegrünung soll nicht erfolgen, um dem Vorhabenträger ausreichend Spielraum bei der Umsetzung zu belassen, zumal hier auch bezahlbarer Wohnraum für Studenten und Auszubildende geschaffen werden soll. Die südlich angrenzenden öffentlichen Grünflächen bieten ausreichend Freiraum für die Studenten. Die Fläche wird als öffentliche Grünfläche festgesetzt und das Eigentum wird vollumfänglich auf die Gemeinde übertragen, um deren Beitrag für die Naherholung und für das lokale Klima dauerhaft zu sichern. Ferner soll der Siedlungszusammenhang der Gemeinde Unterföhring auch künftig städtebaulich gegenüber der LH München abgrenzbar in Erscheinung treten.

Zu 3: Aufgrund Sondersituation der Stützenkonstruktion wird von einer Fassadenbegrünung abgesehen.

Zu 4: Die Vorschläge werden an den Vorhabenträger weitergeleitet. Eine Festsetzung im Bebauungsplan soll hierzu nicht erfolgen, um den erforderlichen Spielraum für die Umsetzung zu belassen.

Zu 5: Der Hinweis wird an den Vorhabenträger weitergegeben. Eine Festsetzung im Bebauungsplan soll hierzu nicht erfolgen, um den erforderlichen Spielraum für die Umsetzung zu belassen.

Das Schreiben vom 10.05.2021 wird zur Kenntnis genommen. Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

Deutsche Bahn AG DB Immobilien

Das Schreiben vom 26.04.2021 wird bekannt gegeben, in dem um Kenntnisnahme des DB Hinweisblattes gebeten wird. Im Stadtgebiet München ist mit Anlagen der DB Kommunikationstechnik zu rechnen. Eine Kabel- und

16. Sitzung des Gemeinderates vom 10.06.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Leitungsermittlung im Grenzbereich wurde seitens der DB Netz AG nicht durchgeführt.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

Handwerkskammer für München und Oberbayern

Das Schreiben vom 11.05.2021 wird bekannt gegeben, in dem auf die vorausgegangene Stellungnahme vom 02.09.2020 verwiesen wird.

Gemäß Stellungnahme vom 02.09.2020 wird darauf hingewiesen, dass sich angrenzend ein Handwerksbetrieb befindet. Dieser darf im Zuge der weiteren Planungen und die heranrückende Wohnbebauung in seinem ordnungsgemäßen Betrieb nicht gefährdet oder beeinträchtigt werden. Dies gilt insbesondere auch im Kontext der betriebsüblichen Immissionen (Lärm, Geruch, etc.).

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

Deutsche Telekom Technik GmbH

Das Schreiben vom 26.04.2021 wird bekannt gegeben, in dem sich auf die Rückäußerung vom 23.10.2019 bezogen wird. Inhaltlich hat sich an der Stellungnahme der Telekom nichts geändert. Diese Stellungnahme (mit Anlagen) gilt unverändert weiter.

Daher nochmals die Stellungnahme der 1. Auslegungsphase:

Es wird darum gebeten, folgende fachliche Festsetzung in den Bebauungsplan aufzunehmen:

Hinsichtlich geplanter Baumpflanzungen ist das „Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen“ der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Ausgabe 1989, zu beachten. Es wird darum gebeten, sicherzustellen, dass durch die Baumpflanzungen der Bau, die Unterhaltung und Erweiterung der Telekommunikationsanlagen nicht behindert wird.

Der Hinweis und das „Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen“ der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Ausgabe 1989, wird zur Kenntnis genommen. Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

16. Sitzung des Gemeinderates vom 10.06.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Vodafone GmbH

Das Schreiben vom 06.05.2021 wird bekannt gegeben, in dem mitgeteilt wird, dass sich im Planbereich Telekommunikationsanlagen, deren Lage auf den beiliegenden Bestandsplänen dargestellt ist, befinden. Es wird darauf hingewiesen, dass die Anlagen bei der Bauausführung zu schützen bzw. zu sichern sind, nicht überbaut und vorhandene Überdeckungen nicht verringert werden dürfen. Sollte eine Umverlegung oder Baufeldfreimachung der Telekommunikationsanlagen erforderlich werden, wird mindestens drei Monate vor Baubeginn ein Auftrag benötigt, um eine Planung und Bauvorbereitung zu veranlassen sowie die notwendigen Arbeiten durchführen zu können. Es wird ebenfalls darauf hingewiesen, dass ggf. (z.B. bei städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen) die durch den Ersatz oder die Verlegung der Telekommunikationsanlagen entstehenden Kosten nach § 150 (1) BauGB zu erstatten sind.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

Weiteres Vorgehen

Gemäß den vorstehenden Beschlüssen zum Verfahren nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB werden die Hinweise und Anregungen in die Bebauungsplanunterlagen eingearbeitet. Eine weitere Auslegung ist nicht erforderlich. Der vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 78b/19 „Studentisches Wohnen Apian II“ an der Apianstraße, Fl.Nr. 1190, kann somit als Satzung beschlossen werden.

Der Abwägungsbeschluss gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 28.01.2020, Nr. 664, sowie der Abwägungsbeschluss gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB des Gemeinderates vom 15.04.2021, Nr. 156, sind hier als Anlage beigelegt.

In diesen Beschlüssen sind die im Rahmen der Beteiligungsverfahren vorgebrachten Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie der Gemeindeverwaltung wiedergegeben sowie deren Behandlung durch den Ausschuss, d.h. die Ergebnisse der Prüfung des Ausschusses samt dessen Erwägungen, aus denen der Ausschuss den Stellungnahmen gefolgt bzw. nicht gefolgt ist, enthalten.

Beschluss: 25 : 0

Gemäß den vorstehenden Beschlüssen zum Verfahren nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB werden die Hinweise und Anregungen in die

16. Sitzung des Gemeinderates vom 10.06.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Bebauungsplanunterlagen eingearbeitet. Eine weitere Auslegung ist nicht erforderlich.

Die im Planaufstellungsverfahren vorgebrachten Stellungnahmen sowie deren Behandlung durch den Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss gemäß Beschluss vom 28.01.2020, Nr. 664, sowie durch den Gemeinderat gemäß Beschluss vom 15.04.2021, Nr. 156, werden vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen. Die vom Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss getroffenen Einzel- und Gesamtbeschlüsse werden vom Gemeinderat nach Prüfung und Gesamtabwägung aller abwägungsrelevanten Umstände inhaltlich vollumfänglich bestätigt. Der Gemeinderat macht sich die Erwägungen des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses ausdrücklich zu Eigen.

Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 78b/19 „Studentisches Wohnen Apian II“ an der Apianstraße, Fl.Nr. 1190, in der Fassung 15.04.2021 wird als Satzung beschlossen. Der Bebauungsplan erhält das Fassungsdatum 10.06.2021.

Das Verfahren gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ist durchzuführen.

AZ 611
Bauamt

176

25

Bürgerhausvorplatz - Sitzinsel-Prototyp; Abstimmung über weiteres Vorgehen (Empfehlungsbeschluss aus dem Bau- Verkehr und Grundstücksausschuss)

Der Bürgermeister erinnert an den Beschluss des Gemeinderats Nr. 983 vom 16.01.2020 und an den Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses Nr. G36 vom 20.10.2020, bekanntgegeben in der Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss vom 24.11.2020 Nr. 55, mit welchem die Fa. Paintner Holzbau GmbH, 84030 Ergolding mit der Erstellung eines Sitzinsel-Prototyps beauftragt wurde. Die Sitzinsel steht nun seit dem 19.03.2021 auf dem Bürgerhausvorplatz und kann von der Öffentlichkeit in Augenschein genommen und probegesessen werden.

Der Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss hat in seiner Sitzung am 20.05.2021 Nr. 122 dem Gemeinderat folgenden Beschluss empfohlen:

16. Sitzung des Gemeinderates vom 10.06.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Es sollen drei weitere Sitzinseln errichtet werden. Zwei davon sollen auch mit Rückenlehnen ausgestattet sein. Weiterhin sollen fünf transportable Baummodule, aufgestellt entlang der Stufenanlage zwischen Wirtsgarten und Bushaltestelle, errichtet werden.

Dem Gremium wurde der überarbeitete Entwurf des LA Martin vom 31.05.2021 V2 mit zwei Sitzinseln mit Rückenlehnen und den Baummodulen für die Stufenanlage entlang der Münchner Str. sowie die Sitzinsel ohne Lehne V1 zugestellt.

Die Kosten der Baummodule (Pflanz-Behälter mit Baum) entlang der straßenseitigen Platzkante werden auf ca. 4.200,00 € brutto/Stück von LA Martin geschätzt (Kostenschätzung 12.05.2021).

Die im Rahmen der Ausschreibung der weiteren Sitzinseln zu erwartenden Kosten werden voraussichtlich denen des Prototyps zuzüglich eines derzeit schwer zu kalkulierenden Materialpreis-Zuschlags, entsprechen.

Die anfallenden Kosten für die Gestaltung des Bürgerhausvorplatzes sind gem. der Kostenberechnung des LA Martin vom 08.02.2021 in Höhe von 315.000,00 € brutto unter der HHST 76010.9540 in den Haushalt 2021 eingestellt.

Antrag zur Geschäftsordnung auf getrennte Abstimmung

Das Gemeinderatsmitglied Frau Rader stellt einen Antrag auf getrennte Abstimmung zu diesem Beschlussvorschlag. Dabei soll die Entscheidung über die Sitzinseln sowie die Baummodule getrennt voneinander getroffen werden.

Der Vorsitzende lässt zunächst über die Zulassung des Antrags zur Geschäftsordnung abstimmen

Beschluss: 25 : 0

Anschließend lässt der Vorsitzende über den Inhalt des Antrages zur Geschäftsordnung abstimmen

Beschluss: 23 : 2

Nachdem der Geschäftsordnungsantrag angenommen wurde, wird nunmehr die getrennte Abstimmung vorgenommen.

Der Vorsitzende lässt zuerst über die Errichtung der Sitzinseln abstimmen:

16. Sitzung des Gemeinderates vom 10.06.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Beschluss: 25 : 0

Der Gemeinderat schließt sich der Empfehlung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 20.05.2021 Nr. 122 an, dass am Bürgerhausvorplatz weitere drei Sitzinseln errichtet werden. Davon sollen zwei Sitzinseln gemäß der Variante V2 (Stand 31.05.2021) mit Rückenlehnen ausgestattet werden.

Im Anschluss lässt der Vorsitzende über die Errichtung der Baummodule abstimmen:

Beschluss: 16 : 9

Zusätzlich sollen fünf transportable Baummodule zwischen Wirtsgarten und Bushaltestelle entlang der Stufenanlage zur Münchner Str. aufgestellt werden.

Die Kosten sind unter HHST 76010.9540 zu verbuchen.

AZ 631
Bauamt

177

25

Geothermieprojekt Unterföhring: Bürgschaft der Gemeinde Unterföhring für die GEOVOL Unterföhring GmbH

Der Erste Bürgermeister verweist auf den Beschluss vom 09.07.2009, Nr. G222, in dem die Ermächtigung erfolgte, Antrag auf Genehmigung einer Bürgschaft beim Landratsamt München zu den marktüblichen Konditionen zu stellen.

Am 05.05.2021 wurde vom Geschäftsführer der GmbH, Herrn Lohr, für das Haushaltsjahr 2021 ein zusätzlicher Antrag bei der Gemeinde zur Stellung einer 80-prozentigen Bürgschaft in Höhe von 560.000 € zur Absicherung der Kosten für die Mitfinanzierung der Fernwärmebaumaßnahme BA 2021 gestellt, welcher durch das KfW-Programm 271 (erneuerbare Energien) gefördert wird. Die Darlehenshöhe beträgt 700.000 €. Der Zinssatz für das Darlehen beträgt nominal 0,85 %.

Wie aus den Bürgschaftsanfragen der Vorjahre bekannt, hat der Avalsatz für die gestellte Bürgschaft die marktübliche Höhe auszuweisen, um keine Beihilfeproblematik entstehen zu lassen. Die Verwaltung schlägt einen Satz von 0,35 % der beanspruchten Bürgschaftssumme vor.

16. Sitzung des Gemeinderates vom 10.06.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Beschluss: 25 : 0

Der Gemeinderat stimmt der Bürgschaft für die Mitfinanzierung der Fernwärmebaumaßnahme BA 2021 zu. Der Erste Bürgermeister wird ermächtigt, nach Genehmigung des Bürgschaftsvertrags durch das Landratsamt München die Bürgschaft über 80 Prozent der Kreditsumme von 700.000 € (Bürgschaft = 560.000 €) mit der GEOVOL Unterföhring GmbH abzuschließen.

Die Bürgschaftsprovision wird mit 0,35 Prozent festgesetzt und wird unter der HHSt. 03000.2620 verbucht.

AZ 916
Finanzen

178

25

Antrag der Musikschule Unterföhring e.V. auf finanzielle Unterstützung wegen Einnahmeausfällen aufgrund der Corona-Pandemie

Mit Schreiben vom 13.05.2021 – bei der Gemeinde eingegangen am 18.05.2021 – beantragt die Musikschule Unterföhring e.V. bei der Gemeinde für das Schuljahr 2020/2021 eine finanzielle Unterstützung von ca. 90.000 € um die Einnahmeausfälle aufgrund der Corona-Pandemie ausgleichen zu können. Nach einer aktuellen Berechnung des Steuerberaters der Musikschule wird dieser Betrag auf 167.600 € korrigiert.

Am 07.05.2021 fand eine außerordentliche Dringlichkeitssitzung des Vorstandes der Musikschule statt, auf der beschlossen wurde, einen Antrag auf einen „Rettungsschirm“ bei der Gemeinde zu stellen.

Ohne einen „Rettungsschirm“ droht die Zahlungsunfähigkeit und somit das Ende der Musikschule Unterföhring.

Folgende Punkte sind im Wesentlichen für die kritische finanzielle Lage verantwortlich:

- zahlreiche Konzerte und Veranstaltungen mussten wegen der Corona-Pandemie gestrichen werden.

- Eine Betriebsprüfung der Jahre 2016 bis 2019 verursacht eine Nachzahlungsverpflichtung an Sozialversicherungsträger in Höhe von ca. 31.000 €.

16. Sitzung des Gemeinderates vom 10.06.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- Derzeit kann in den Kindertagesstätten keine musikalische Früherziehung angeboten werden. Die Einnahmeausfälle an Unterrichtsgebühren betrugen für den Zeitraum April bis Sept. 2020 ca. 36.000 €. Die Einnahmeausfälle dauern an.

Die Entwicklungsübersicht des Steuerberaters der Musikschule vom 01.06.2021 zeigt, dass im Jahr 2021 voraussichtlich ein Defizit in Höhe von **167.600 €** entstehen wird. Die monatlichen Defizite schwanken zwischen 5.900 € und 21.400 €. Die Vorausschau bis zum Dezember 2021 ist natürlich mit Unsicherheiten verbunden, da die weiteren Einschränkungen durch die Corona-Pandemie nicht exakt eingeschätzt werden können.

Die Musikschule hat mitgeteilt, dass die liquiden Mittel aufgebraucht sind und ab Mai 2021 die Konten überzogen werden.

Die Musikschule Unterföhring beschäftigt z.Zt. 20 Angestellte in Teilzeit. Darüber hinaus drei Lehrkräfte auf Honorarbasis. Ab dem Schuljahr 2021/2022 kommen noch drei Lehrkräfte in Teilzeit für die Fächer Cello/Streicherklasse, Bratsche/Streicherklasse, Kontrabass/E-Bass/Streicherklasse hinzu. Eine Honorarkraft im Fach Schlagzeug muss in ein Angestelltenverhältnis überführt werden, sodass ab 09/2021 die Musikschule 24 Angestellte in Teilzeit und zwei Honorarkräfte beschäftigen wird.

Um die Einnahmen zu erhöhen, hat die Musikschule eine neue Gebührenerhöhung beschlossen. Die Erhöhung tritt ab Schuljahr 2021/22 (01.09.2021) in Kraft.

Ein Antrag der Musikschule vom Januar 2021 auf grundsätzliche und dauerhafte Förderung durch die Gemeinde liegt ebenfalls noch vor. Über diesen Antrag kann aber derzeit noch nicht entschieden werden, da noch umfangreiche Vorarbeiten notwendig sind.

Auf die weiteren Ausführungen im Antragsschreiben vom 13.05.2021 wird verwiesen.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass sie dem Gemeinderat zunächst ein Darlehen an die Musikschule Unterföhring e.V., zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen, zur Beschlussfassung empfohlen hat. Dies erfolgte auf Anraten des Rechtsbeistands DETIG Rechtsanwaltschafts mbH. Herr Dr. Detig hat der Gemeinde empfohlen, zunächst ein Darlehen -mit marktgerechter Verzinsung-zu gewähren und die beihilferechtliche Zulässigkeit eines Zuschusses zu prüfen. Erst nach der beihilferechtlichen

16. Sitzung des Gemeinderates vom 10.06.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Zulässigkeit eines Zuschusses sollte das Darlehen in einen nicht rückzahlbaren Zuschuss umgewandelt werden. Dieser Empfehlung der Verwaltung ist der Gemeinderat aber nicht gefolgt.

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass zu diesem Tagesordnungspunkt ein Dringlichkeitsantrag (datiert vom 09.06.2021) der SPD Fraktion vorliegt.

Der Vorsitzende verliest den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion:

„Der Gemeinderat möge beschließen, bevor über die außerordentliche Bezuschussung/Förderung der Musikschule Unterföhring e.V. unter den bekannt gewordenen Umständen weitere Beschlüsse gefasst werden, ist der gesamte Sachverhalt und Hintergrund sowohl dem Bayer. Kommunalen Prüfungsverband, als auch der Rechtsaufsichtsbehörde der Gemeinde zur Beurteilung vorzulegen. Erst mit diesen Ergebnissen kann über das weitere Vorgehen entschieden werden.

Begründung:

Der Gemeinderat wird aus Steuergeldern nur Zuwendungen an Vereine und Organisationen geben, die einen rechtssicheren Hintergrund haben.

Eigenverschuldete und rechtswidrige Differenzbeträge haben entweder die Verantwortlichen oder ggf. deren Versicherung auszugleichen“

Der Vorsitzende lässt über die Zulassung des Dringlichkeitsantrages der SPD-Fraktion abstimmen:

Beschluss: 24 : 0

Nachdem Dringlichkeitsantrag als Geschäftsordnungsantrag zugelassen wurde, wird über die Behandlung abgestimmt:

Beschluss: 8 : 16

Die Behandlung des Dringlichkeitsantrags zum vorgenannten Tagesordnungspunkt ist somit abgelehnt worden.

Der Vorsitzende lässt nunmehr über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: 17 : 7

Der Gemeinderat hat Kenntnis von der finanziellen Situation der Musikschule Unterföhring e.V. und insbesondere, dass aufgrund von Corona bedingten Einnahmeausfällen derzeit die finanziellen Mittel aufgebraucht sind.

16. Sitzung des Gemeinderates vom 10.06.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Zum Ausgleich der Einnahmeausfälle und zum Erhalt der Musikschule gewährt die Gemeinde der Musikschule Unterföhring e.V. in den Monaten Juni, Juli, August und September einen Zuschuss, der das jeweilige negative Ergebnis des Vormonats ausgleicht.

Der Steuerberater der Musikschule stellt dieses Ergebnis fest. Die jeweiligen liquiden Mittel des Vereins sind dabei nachzuweisen.
Die Ergebnisermittlung des Steuerberaters der Musikschule wird durch einen von der Gemeinde benannten Sachverständigen geprüft.

Bis zum 31.10.2021 wird ein dauerhaft tragfähiges Konzept für den weiteren Betrieb der Musikschule entwickelt. Eine entsprechende Vereinbarung zwischen der Gemeinde und der Musikschule Unterföhring e.V., die auch einen dauerhaften Beitrag der Gemeinde zu den Lehrpersonalausgaben beinhaltet, wird erarbeitet und vom Gemeinderat beschlossen.

Die Ursachen der derzeitigen finanziellen Situation der Musikschule Unterföhring werden mit Zustimmung der Musikschule durch einen von der Gemeinde benannten Sachverständigen geprüft.

Die sich ergebenden überplanmäßigen Ausgaben werden im Nachtragshaushalt 2021 bei der Haushaltsstelle 33301.7010 veranschlagt.

Gemäß Art. 49 Abs. 1 GO hat sich das Gemeinderatsmitglied Herr Mecke, wegen persönlicher Beteiligung nicht an der Beratung und Beschlussfassung beteiligt.

AZ 940
Finanzen

179

25

Bekanntgaben / Anfragen **BEK 06/2021 Bürgerfest – aktueller Sachstand**

Der Vorsitzende teilt dem Gremium mit, dass sich die Gemeindeverwaltung derzeit in Abstimmung mit der Festwirtsfamilie Fahrenschohn sowie mit dem Landratsamt München bezüglich der Planung eines abgespeckten Bürgerfestes befindet.

Das diesjährige Fest wird unter dem Namen „Sommer dahoam“ laufen.

16. Sitzung des Gemeinderates vom 10.06.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Das diesjährige Bürgerfest soll dieses Jahr unter Einhaltung aller Rechtsvorschriften in Bezug auf die Corona Pandemie in Form eines Biergartens abgehalten werden.

Geplant ist das Fest derzeit für den Zeitraum vom 09.07.2021 bis 18.07.2021.

AZ 024
Hauptamt

179

25

Bekanntgaben / Anfragen

BEK 06/2021 des Landesamtes für Digitalisierung, Breitband und Vermessung zur Laserscanningvermessung

Das Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung wird von Juli 2021 bis Juni 2022 Laserscanningbefliegungen im Landkreis München durchführen. Somit werden die Geländeformen vom Flugzeug aus erfasst und ein Geländemodell mit höchster Genauigkeit erstellt. Das Modell dient dem Hochwasserschutz, der Minderung von Erosionsgefährdung in der Landwirtschaft sowie als Nachweis von Maßnahmen in der Forstwirtschaft.

Zur Qualitätskontrolle der gemessenen Daten müssen Dachflächen und ebene Geländeflächen vor der Befliegung von Mitarbeitern des Landesamtes oder der Befliegungsfirma eingemessen werden. Die Mitarbeiter können sich ausweisen. Die Vermessungsarbeiten sollen überwiegend auf öffentlichen Grundstücken vorgenommen werden. In Ausnahmefällen könnten die Mitarbeiter des Messtrupps um das Betreten privater Grundstücke bitten.

Weitere Informationen zum Laserscanning sind im Internet auf den Seiten des Landesamtes für Digitalisierung, Breitband und Vermessung zu finden.

AZ 61
Bauamt

16. Sitzung des Gemeinderates vom 10.06.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

179

25

Bekanntgaben / Anfragen

BEK 06/2021 E-Ladestationen - gemeindlichen E-Ladestationen jetzt auch am Schulcampus

Der Erste Bürgermeister bringt den Beschluss des Gemeinderates vom 18.06.2020 in Erinnerung, mit welchem der Tarif für die Ladung von E-KFZ an gemeindlichen E-Lademöglichkeiten an den neuen Tarif des LRA München angepasst wurde. Dieser liegt derzeit bei 0,38 €/kWh.

Neben den bisherigen gemeindlichen Ladepunkten

8x Tiefgarage Bürgerfestplatz

4x Am Bahnhof vor P+R

10x Parkhaus Diesel-/Beta-Straße

3x Tiefgarage VHS mit Musikschule

Sind nun weitere 10 Ladepunkte an den oberirdischen Parkplätzen vor der Vierfach-Turnhalle am Schulcampus Unterföhring in Betrieb gegangen.

Alle Ladestationen werden über den landkreisweiten Dienstleister Wirelane abgerechnet. Hierzu ist für die Nutzung an jedem Ladepunkt ein Q-Code angebracht, welcher die Identifizierung des Ladepunktes mit Verlinkung zur für die Registrierung und Abrechnung erforderlichen zugehörigen App ermöglicht.

AZ 851

Bauamt

179

25

Bekanntgaben / Anfragen

BEK 06/2021 Germanenweg defekte Druckleitung; überplanmäßige Ausgaben

Der Bürgermeister berichtet, dass am 09.06.2020 an der Pumpstation im Germanenweg nach der Befahrung mit einer Schiebekamera an der vorhandenen Druckleitung, mehrere Scherbenbildungen und Risse festgestellt wurden.

Die Stahlleitung ist ca. 20 Jahre alt. Eine Sanierung ist nicht möglich. Es wurde eine provisorische Leitung mit Feuerwehrschräuchen geschaffen.

16. Sitzung des Gemeinderates vom 10.06.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Eine neue Druckleitung DN 80 muss daher neu gebaut werden. Die Verwaltung schätzt die anfallenden Kosten (überplanmäßige Ausgaben) hierfür auf ca. 100.000,00 € brutto.

Nach Ausschreibung und Submission könnte frühestens am 05.07.2021 mit dem Bau begonnen werden (Dauer ca. 3 Wochen und Fertigstellung in KW30).

AZ 631
Bauamt

179

25

Bekanntgaben / Anfragen

BEK 06/2021 Neuer Standort in Unterföhring der Energieagentur Ebersberg-München gGmbH

Der Erste Vorsitzende berichtet dem Gremium, dass in Unterföhring ein Standort der Energieagentur Ebersberg – München gGmbH ab 01.10.2021 ihre Dependence eröffnen wird. Hier hat es vor einer Entscheidung des Standortes regen und intensiven Austausch zwischen dem Ersten Bürgermeister der Gemeinde Unterföhring und dem Landrat Christoph Göbel gegeben. Nach sehr guten Gesprächen wurde der Standort bereits von Herrn Landrat Christoph Göbel diese Woche in der Presse publiziert.

AZ 611
Bauamt

179

25

Bekanntgaben / Anfragen

BEK 06/2021 Sitzung des Umwelt-, Digital- und Energieausschuss am 17.06.2021

Der Erste Bürgermeister gibt bekannt, dass die für 17.06.2021 vorgemerkte Sitzung des Umwelt-, Digital- und Energieausschuss nicht stattfindet. Die folgende Sitzung ist gemäß Sitzungskalender für 29.09.2021 terminiert.

AZ 024
Bauamt

16. Sitzung des Gemeinderates vom 10.06.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

179

25

Bekanntgaben / Anfragen

BEK 06/2021; Bekanntgabe des Eröffnungstermins für die Cantina, Jahnstraße 7

Der Erste Bürgermeister gibt bekannt, dass der neue Pächter Bavarino der Cantina am Freitag, den 11.06.2021 für die Mitglieder des Tennisvereins als Probelauf öffnet. Der offizielle Eröffnungstermin der neuen Cantina an der Jahnstraße 7 findet am 01.07.2021 statt.

AZ 684
Bauamt

179

25

Bekanntgaben / Anfragen

BEK 06/2021; Sondersitzung Gemeinderat Neubau Rathaus

Am Montag, den 19.07.2021 findet um 19:30 Uhr eine öffentliche Sondersitzung zum Neubau Rathaus statt.

Hauptamt

179

25

Bekanntgaben / Anfragen

Anfrage Frau Fister - Fragen zum Betrieb neue Grundschule

Frau Fister fragt an ob es möglich wäre, dass der Gemeinderat die neue Grundschule zeitnah besichtigen könnte. Der Vorsitzende wird noch vor der Sommerpause einen entsprechenden Begang organisieren.

Warum dürfen an die Wände keine Bilder gehängt werden?
Der Vorsitzende nimmt das Thema auf und wird dies mit dem Architekten besprechen.

Des Weiteren fragt Frau Fister an ob weitere Absicherungsmaßnahmen entlang der S-Bahn für einen sicheren Schulweg geplant sind.

Der Vorsitzende nimmt das Thema auf und wird das Mögliche umsetzen.

Warum sind die Räumlichkeiten für die Mittagsbetreuung kleiner wie die des Hortes?

Die Verwaltung wird das mit dem Architekten besprechen und anschließend Rückmeldung geben.

Hauptamt

16. Sitzung des Gemeinderates vom 10.06.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

179

25

Bekanntgaben / Anfragen

Anfrage Herr Guist - Baumaßnahme Tunnelweg

Herr Guist fragt an welche Leitungen am Tunnelweg verlegt werden.
Der Vorsitzende teilt dem Gremium mit, dass dort Datenleitungen für ProSieben verlegt werden.

Bauamt

Bis zum Ende der öffentlichen Sitzung sind keine Einwände gegen die Beschlussfassungen aufgrund Probleme bei der Zuschaltung mittels Ton- und Bildübertragung vorgebracht worden.

Nachdem keine weiteren Anfragen aus dem Gremium gestellt werden bedankt sich der Vorsitzende bei den Zuhörern und der Pressevertreterinnen für Ihren Besuch, schließt die öffentliche Sitzung um 21:25 Uhr und fährt im Anschluss mit der nichtöffentlichen Sitzung fort.

Andreas Kemmelmeier
Erster Bürgermeister

Felix Kinzinger
Schriftführer